

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 93 (2013)
Heft: 1006

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demokratie.

Wie viel Selbstbestimmung darf es sein?

DOSSIER



Bild: Fotolia/pmstudio

- 1 **Wir brauchen keine Herrschaft** *David D. Friedman*
- 2 **Wenn Blinde Blinde regieren** *Slavoj Žižek*
- 3 **In der Krise?** *Andrea Caroni*
- 4 **Verfassungsform des Zweifels** *Christoph Frei*
- 5 **Die heilige Kuh schlachten** *Frank Karsten*
- 6 **Demokratie und Biopolitik** *Roberto Esposito*

Für die Unterstützung bei der Lancierung des Dossiers danken wir der Vontobel-Stiftung.

Demokratie ist die Staatsform, die auf Mitbestimmung durch die Bürger setzt und darum hohe Legitimität genießt. Mehrheitsentscheide sind per se freilich weder böse noch gut, weder richtig noch falsch.

Die Vermutung einer moralischen oder vernünftigen Legitimation ist nur unter idealen Voraussetzungen denkbar: die Freiheitsrechte des einzelnen werden in hohem Masse respektiert; der einzelne seinerseits versteht sich als Verantwortungsträger fürs Ganze (für das Gemeinwesen, aber auch für den Nächsten); Anstand, Respekt und Augenmass bestimmen die politische Auseinandersetzung. Wo dieses Fundament erodiert, wandelt sich auch die Demokratie von einem Mittel zur Beschränkung der Macht zu einem blossen Herrschaftsinstrument der einen über die anderen.

Hans-Dieter Vontobel, Präsident der Vontobel-Stiftung

Die Menschen in Europa leben heute in demokratisch verfassten Gesellschaften. Das ist eine grosse Errungenschaft. Sie haben die Wahl, jene zu wählen, die sie regieren – und sie auch wieder abzuwählen. Doch stellen sich die demokratisch etablierten Wahlmöglichkeiten vieler europäischer Bürger bei näherer Betrachtung zugleich als ziemlich eingeschränkt dar. Alle vier oder fünf Jahre eine Partei zu wählen, die sich von den anderen drei, vier tonangebenden Parteien in den wichtigsten Programmpunkten kaum unterscheidet und die zudem ihre eigenen Kaderleute aufstellt – ist das wirklich Mitbestimmung? Oder ist es eher die Illusion einer Wahl?

Aber selbst diese illusionäre Wahl steht in einzelnen europäischen Ländern auf dem Spiel. In überschuldeten Staaten wie Griechenland oder Portugal ist es die Troika – ein Dreierteam aus Vertretern der Europäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Kommission der Europäischen Union (EU) –, die in vielen Bereichen den politischen Takt vorgibt. Der Handlungsspielraum der demokratisch gewählten Parlamentarier in diesen Ländern ist eingeschränkt, und es erhalten jene extremen Parteien Zulauf, die versprechen, sich dem Diktat aus der Ferne zu widersetzen. Wie viel Souveränität bleibt den gewählten Politikern da noch?

In Diskussionen über politische Partizipation verweisen Politiker und Bürger anderer Länder gerne auf **die Schweiz, die älteste existierende Demokratie der Welt**. Hier werden die Bürger nicht nur als Wähler adressiert, sondern zugleich als Republikaner, die sich auf allen Staatsebenen – Gemeinde, Kanton, Bund – mittels Referenden und Initiativen verbindlich Gehör verschaffen können. Partizipation macht glücklich, das zeigt die Glücksforschung. Doch bedeutet Mitbestimmung für eine stets wechselnde Minderheit stets Fremdbestimmung. Und es stellt sich angesichts zahlreicher neuer Vorstösse in der Schweiz die Frage: Wie viel Politisierung des Lebens darf es, wie viel Politisierung soll es sein?

Nur wenige dürften der Aussage widersprechen, dass Selbstbestimmung höher zu gewichten sei als Fremdbestimmung. Das Credo für eine zukunftsträchtige Demokratie könnte darum sein: **so viel Selbstbestimmung wie möglich, so viel Fremdbestimmung wie nötig**. Doch wo ist hier die Grenze zu ziehen? Und wer zieht sie?

Wir haben ganz unterschiedliche Autoren – von David D. Friedman bis Slavoj Žižek – gebeten, sich grundsätzliche Gedanken über die beiden Fragen zu machen: Wie steht es heute um das Verhältnis von Mit- und Selbstbestimmung? Und was braucht es, damit die Demokratie auch morgen Garantin eines Zusammenlebens in Frieden und Wohlstand ist?

Die Redaktion